



Initiatoren des Bürgerbegehrens:
Reinald Schnell, Uwe Tschirner, Lothar Reinhard

Spenden: MBI-Sonderkonto Stichwort „Bürgerentscheid“
Kto.Nr. 0300933416 bei Spardabank (BLZ 36060591)

Liebe Mitbürger/innen!
Stimmen Sie am 9. September mit

Ja!

**für die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids
von 2005 gegen weitere Privatisierung in Mülheim!**

Sie sind aufgerufen, zu der Frage: „Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile, Gebäude und/oder deren Betreuung an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?“ am 9. September im Wahllokal mit Ja oder Nein abzustimmen. Die Wahlbenachrichtigung ging allen Mülheimer Wahlberechtigten, also Deutschen und EU-Ausländern ab 16 Jahren, zu. Sie können auch Briefwahl beantragen oder ab dem 13. August in Raum 111 im Rathaus vorab ihre Stimme abgeben. Wenn mehr als 20% aller Wahlberechtigten mit Ja stimmen, darf die Stadt 2 Jahre lang nicht weiter privatisieren. Mehr dazu auf der Rückseite.

Bitte wenden

Ende Februar 2005 war der Bürgerentscheid in Mülheim erfolgreich, der es der Stadt untersagte, weiterhin Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge auf Private zu übertragen. Die Stadt war zwei Jahre an den Bürgerentscheid gebunden, weshalb sie u.a. die städtischen Altenheime nicht wie geplant verkaufen konnte.

Unsaubere Geschäfte beim RWW-Verkauf, Riesenverluste bei der MEG, ungeklärte Steuernachforderungen im zweistelligen Millionenbereich bei Medl/MVG, explodierende Kanalbaukosten bei der SEM, dauerndes Pöstchengeschacher um Geschäftsführerposten usw. waren typische Begleiterscheinungen der Privatisierungswelle der vergangenen Jahre.

Deshalb soll die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids weiteren Privatisierungsschritten auch noch von Schulen, Kindergärten usw. vorbeugen.

**Privatisierung von städtischen Pflichtaufgaben ist ein Irrweg,
das haben viele Beispiele auch in anderen Städten bisher gezeigt!**

Unsere hoch verschuldete Stadt Mülheim wird mit Ruhrbania bereits völlig überfordert. Deshalb sollen städtische Pflichtaufgaben wie die Unterhaltung von Schulgebäuden für 25 oder mehr Jahre auf private Firmen, zumeist große Baukonzerne, übertragen werden. Die Stadt braucht zwar für Gebäudesanierung direkt dann keinen Bankkredit aufzunehmen, durch „Forfaitierung mit Einredevorzicht“ zahlt sie aber den Kredit der Firma bei deren Bank ab und zusätzlich noch die Mietkosten für das eigene Gebäude! Das kann auf Dauer nur teurer werden, ganz abgesehen von absehbaren Konflikten. Die demokratische Kontrolle wird stark eingeschränkt und durch die langfristige Bindung ist die Stadt in der Schulentwicklungsplanung festgelegt. Wer weiß denn, welche Schule in 25 Jahren gebraucht wird?! Zu den Verlierern gehören auch kleine und mittlere örtliche Bau- und Handwerksbetriebe, da öffentliche Aufträge ausbleiben. Arbeitsplatzverdichtung und -verluste wegen der Verschiebung von Hausmeistern, Putzfrauen usw. in privatrechtliche Projektgesellschaften sind vorprogrammiert.

Hauptverlierer sind die Bürger, die alles mit ihren Steuern/Gebühren bezahlen müssen!

Ende Februar 2005 war der Bürgerentscheid in Mülheim erfolgreich, der es der Stadt untersagte, weiterhin Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge auf Private zu übertragen. Die Stadt war zwei Jahre an den Bürgerentscheid gebunden, weshalb sie u.a. die städtischen Altenheime nicht wie geplant verkaufen konnte.

Unsaubere Geschäfte beim RWW-Verkauf, Riesenverluste bei der MEG, ungeklärte Steuernachforderungen im zweistelligen Millionenbereich bei Medl/MVG, explodierende Kanalbaukosten bei der SEM, dauerndes Pöstchengeschacher um Geschäftsführerposten usw. waren typische Begleiterscheinungen der Privatisierungswelle der vergangenen Jahre.

Deshalb soll die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids weiteren Privatisierungsschritten auch noch von Schulen, Kindergärten usw. vorbeugen.

Privatisierung von städtischen Pflichtaufgaben ist ein Irrweg, das haben viele Beispiele auch in anderen Städten bisher gezeigt!

Unsere hoch verschuldete Stadt Mülheim wird mit Ruhrbania bereits völlig überfordert. Deshalb sollen städtische Pflichtaufgaben wie die Unterhaltung von Schulgebäuden für 25 oder mehr Jahre auf private Firmen, zumeist große Baukonzerne, übertragen werden. Die Stadt braucht dann zwar für Gebäudesanierung direkt keinen Bankkredit aufzunehmen, durch „Forfaitierung mit Einredevorzicht“ zahlt sie aber den Kredit der Firma bei deren Bank ab und zusätzlich noch die Mietkosten für das eigene Gebäude! Das kann auf Dauer nur teurer werden, ganz abgesehen von absehbaren Konflikten. Die demokratische Kontrolle wird stark eingeschränkt und durch die langfristige Bindung ist die Stadt in der Schulentwicklungsplanung festgelegt. Wer weiß denn, welche Schule in 20 Jahren gebraucht wird?! Zu den Verlierern gehören auch kleine und mittlere örtliche Bau- und Handwerksbetriebe, da öffentliche Aufträge ausbleiben. Arbeitsplatzverdichtung und -verluste wegen der Verschiebung von Hausmeistern, Putzfrauen usw. in privatrechtliche Projektgesellschaften sind vorprogrammiert.

Hauptverlierer sind die Bürger, die alles mit ihren Steuern/Gebühren bezahlen müssen!



Initiatoren des Bürgerbegehrens:
Reinald Schnell, Uwe Tschirner, Lothar Reinhard

Spenden: MBI-Sonderkonto Stichwort „Bürgerentscheid“
Kto.Nr. 0300933416 bei Spardabank (BLZ 36060591)

**Liebe Mitbürger/innen!
Stimmen Sie am 9. September mit**

Ja!

**für die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids
von 2005 gegen weitere Privatisierung in Mülheim!**

Sie sind aufgerufen, zu der Frage: „Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile, Gebäude und/oder deren Betreuung an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?“ **am 9. September im Wahllokal mit Ja oder Nein abzustimmen. Die Wahlbenachrichtigung ging allen Mülheimer Wahlberechtigten, also Deutschen und EU-Ausländern ab 16 Jahren, zu. Sie können auch Briefwahl beantragen oder ab dem 13. August in Raum 111 im Rathaus vorab ihre Stimme abgeben. Wenn mehr als 20% aller Wahlberechtigten mit Ja stimmen, darf die Stadt 2 Jahre lang nicht weiter privatisieren. Mehr dazu auf der Rückseite.**

Bitte wenden